

Abonnements:
Monatlich 56 Pfennig ausschließlich
Trägerlohn; durch die Post bezogen
bei Selbstabholung vierteljährlich
Mark 2.10, monatlich 70 Pfennig.
Erscheint an allen Wochentagen
nachmittags.

Telegramm-Adresse:
„Volksstimme, Frankfurt/Main“.

Telephon-Anschluß:
Amt Hanfa 7435, 7436, 7437.

Volksstimme

Inserate:
Die Ggelpalt-Beitragssätze 15 Pfg.
bei Wiederholung Rabatt nach Tarif.
Inserate für die tägliche Nummer
müssen bis abends 8 Uhr in der Ex-
pedition Wiesbaden ausgegeben
sein. Schluß der Inseratenannahme
in Frankfurt a. M. vorm. 9 Uhr.

Postfachkonto 529.
Union-Druckerei, G. m. b. H.
Frankfurt a. M.
(nicht „Volksstimme“ adressieren!)

Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Biebrich-Rheingau, Lahntal, Westerwald

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Richard
Wittich, für den übrigen Teil: Gustav Hammer,
beide in Frankfurt a. M.

Separat-Ausgabe für Wiesbaden
Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt am Main, Großer Hirschgraben 17.
Redaktionsbüro: Wehrstr. 49, Telephon 1026. Expedition: Bleichstr. 9, Telephon 3715.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Georg Raier.
Verlag der Volksstimme Raier & Co. — Druck der
Union-Druckerei, G. m. b. H., sämtl. in Frankfurt a. M.

Nummer 298

Dienstag den 21. Dezember 1915

26. Jahrgang

Engländer - Abzug von der Euphrat.

Das griechische Volk für Neutralität. ♦ Die Kriegsgewinnsteuer im Reichstag.

Salonik.

Durch mehr als tausend Jahre
ist Italien für die Deutschen
das Land der Sehnsucht ge-
wesen; dort hat sie das Ver-
langen nach dem blauen Him-
mel und dem ewigen Frühling,
dorthin ihre Pilgerfahrt nach
den schönen Küsten, dorthin
ihre Schwärmer für geschicht-
liche Erinnerungen geführt. Das
ältere Kulturland, das reich
an Naturidylle und nicht
minder reich an geschichtlichen
Erinnerungsorten ist, Griechen-
land, ist ihnen schon lange ent-
fremdet, am meisten, weil die
türkische Herrschaft über dem
Balkan das Reisen beschwerlich
und gefährlich machte, aber auch
weil zahllose Völkerstürme die
alten Kulturstätten zerstört oder
geplündert und der Schaulust
wie dem Kunstsinne wenig übrig
gelassen haben.

Wie eine Erfüllung des He-
lenadramas in Goethes „Faust“
mutet es an, wenn gemeldet
wird, daß sich deutsche Truppen
Salonik nähern, der Stadt, die
nach einer Schwester Alexanders
des Großen benannt ist, dem
Thessaloniker der Griechen und
Römer. — Uns, denen eine
lange Gewöhnung die Land-
karte Europas schon als unab-
änderlich hat erscheinen lassen,
ist ein solcher Szenenwechsel
wie ein Traum. Das ist doch
der uralte Hafen, wo von den
Schiffen Alexanders des Großen
seinen Truppen, die das un-
geheure überlegene Perserreich
zertrümmerten, der Heeresbe-
darf nachgeführt wurde! Tief
eingeschritten ins Festland ist
der Meerbusen von Thessa-
lonike, an seinem westlichen Gestade steigt der Olymp, der
Sitz der Götter, um den die klassische Dichtung webt, jähling
2985 Meter auf, an seinem östlichen Gestade breitet sich die
ruhmreiche dreieckige Halbinsel Chalkidike aus, die von Athen
aus besteuert und vordem Besitz der Athener gewesen war,
um die sie wider den Mazedonierkönig Philipp, Alexanders
des Großen Vater, lange und schwer rangen. Dort liegt die
uralte Stadt Olynth, um die Griechenlands und vielleicht der
Welt größter Redner Demosthenes aus dem Marktplatz von
Athen seine Mitbürger in unsterblichen Reden zum Krieg
anfeuernte, dort, an der äußersten Spitze des Dreiecks, ragt
das sturmumtoste Vorgebirge Athos ins Ägäische Meer hin-
aus, jene Klippe, an der die Griechenlands bedrohende Flotte
des Perserkönigs Xerxes scheiterte. ... Heute frönt den
Berggipfeln, den „Heiligen Bergen“, ein Riesennest von
Klöstern: eine griechisch-orthodoxe Mönchsrepublik ist da an-
gesiedelt in zwölf Dörfern, zwanzig Klöstern und zahllosen
Einsiedeleien, eine von russischen Mönchen und serbischen
Knechten, von bulgarischen und griechischen Bauern mit
einer Ehrfurcht genannte Kultstätte. So mischen sich die
Spuren der Jahrtausende durcheinander.

Im innersten Winkel der Bucht liegt Salonik selbst,
das noch vor fünf Jahren die Perle der europäischen Türkei
war, gestern noch den Griechen gehört hat und heute von
Engländern und Franzosen besetzt ist, während bulgarische
und deutsche Truppen auf seine Mauern pochen. Salonik ist
das Tor zu Mazedonien, ein prächtiges Einfallstor. Im
innersten Winkel der Bucht steigt der Berggipfel des Athos
steil auf, bis zu 1200 Meter empor und um seinen Fuß
breitet sich, im Halbkreis amphitheatralisch anstehend, die
Stadt mit 10 großen und 26 kleinen Moscheen, vielen griechi-
schen Kirchen und Klöstern, 30 Synagogen, mit modernen
Volkshäusern und Regierungsgebäuden und etlichen 20
Fabriken. Dorthin ist also die Kultur des ganzen nördlichen
Balkans zusammengefloßen. Drei Flußläufe münden in die
Bucht, sie haben den menschlichen Straßenbauern die Bahn
gewiesen und Salonik als Knotenpunkt der Straßen aufge-
baut. Die berühmteste dieser Straßen, zu ihrer Zeit ein so



schwieriges und großes Unternehmen wie heute eine Ueber-
seilbahn, ist die alte, 148 Jahre vor Christi Geburt
vollendete Römerstraße, welche von Durazzo an der Adria-
küste quer durch Albanien, über alle Höhen des Balkans hin-
geführt und in Salonik ausmündet, die Via Egnatia.
Wo sie in die Stadt eintritt, steht heute noch der Triumph-
bogen des alten Roms. Den zweiten Balkanweg bahnt
der Bardarstrom, der fern her vom Amselfeld kommt,
entlang die Götter, später die Serben und Bulgaren heran-
zogen, um die Schätze der Stadt auszuplündern — ihre
Mauern widerstanden aber jedesmal. Vom Bardardurchbruch
her nahen heute die Truppen des Bulgarenkaiserin.

Wer wohnt an dieser von den Stürmen der Geschichte
umrandeten Stätte? Vor zweieinhalb Jahrtausenden dürf-
te sie athenische Kolonisten besiedelt haben. Das lebhaft
handelsfertige, kunstfrohe Seidenvolk der Griechen hauste ein
halbes Jahrtausend darin, erst in selbständiger Stadtrepublik,
später den mazedonischen Königen untertan, seit 148 vor
Christo als Schutzbesetzte Roms, das von hier aus ganz
Griechenland im Jaume hielt. In jener Zeit geschah es,
daß ein barfüßiger Wanderprediger aus Palästina in den
Straßen von Thessalonike auftrat, die Lehren eines Jün-
germanns Johannes aus Nazareth predigte und eine christliche
Gemeinde unter seinen Landknechten stiftete. Juden gab es
schon damals in allen Städten am Mittelmeer. Leichtleb-
sam trotz solch frommen Rüstprunks die junge Gemeinde wohl
geblieben sein, denn ihr Stifter, der Apostel Paulus, sah sich
genötigt, zwei strenge Briefe an seine Bekannten zu richten —
die Kirchenlehrer beschäftigten sich viel mit diesen Briefen.
Allmählich drang, trotz der dräuenden Nähe des Götterberges
Olympus, wo Jupiter in seinen Wolken thront, die Christen-
lehre durch, und Thessalonike war eines christlichen Bischofs
Sitz. Aber den rebellischen Hellenen haben der Stadt
Bewohner lange noch nicht abgelegt. Sie schürten einstmal
gegen den Kaiser, der drüben in Konstantinopel, dessen Vor-
rang sie schwer ertrugen, allgewaltig herrschte, einen Auf-
stand, wurden niedergeschlagen und mußten mit ansehen,
wie der große christliche Kaiser ihrer siebentaufend in der

Reisenbahn hinführen ließ. Der Kaiser kam für diese Steuer
mit der Kirchenbuße davon, und Thessalonike blieb ruhig,
trieb eifrig in der Reichenbahn und lärmte durch Jahrhunderte fried-
lich weiter in der Reichenbahn und im Amphitheater, bis das
erste, glücklichere Jahrtausend der Stadt zu Ende ging.

Dann aber brachen die „Barbaren“ ins Römische ein,
und Salonik hatte durchsicheres zu erfahren. Die Stürme
der Götter und Elben brachen sich an seinen Mauern, die
sagenreichen Türken aber drangen ein, fingen die ganze
Jugend, 22 000 Menschen, ein und verkauften sie in die
Sklaverei (904). Seitdem kam immer über die blühende
Stadt, wilde Scharen tauchten jedes halbe Jahrhundert vor
ihren Toren auf, ein seltsames geschichtliches Zwischenpiel
machte im tiefsten Mittelalter germanische Ritter zu ihren
Gegnern. Die Normannenherzöge Robert Guiscard und Bohe-
mund hatten schon 1081 und 1084 Eroberungszüge ins Land
unternommen, und König Roger ward um die Mitte des
zwölften Jahrhunderts Griechenlands Herr. Um das Jahr
1200 bemächtigten sich fränkische Ritter des Landes, und der
Markgraf Bonifaz von Montferrat begründete sich und seinem
Stamm das Königreich Thessalonike. Ein Zwischen-
spiel nach und vor anderen Zwischenpielen, bis die See-
bataillen- und Seeräuberepublik Venedig die Stadt besetzte. Im
Jahre 1430 kam die Stadt unter die Herrschaft der Türken
und blieb in ihrem Besitz bis 1912, fast fünfhundert Jahre.
Und dieses halbe Jahrtausend war wieder gesegnet, denn der
Türke wartete gerade über die Städte mild. Er ließ den
Bewohnern ihren Glauben, ja als die spanischen Könige die
Juden aus ihrem Lande vertrieben, bot er ihnen in seinem
Reiche eine sichere Heimstatt. Viele Tausende Juden kamen
aus Spanien nach Salonik, bewahrten dort ihre spanisch-
jüdische Sprache und ihren Glauben und vermehrten sich
eifrig, indem sie im Wettbewerb mit den griechischen Alt-
büchern Handel und Wandel betrieben und des Friedens ge-
noßen, bis zu Beginn dieses Jahrhunderts. Seither hat die
Bewohnerschaft Saloniks zwei türkische Revolutionen in
ihren Mauern erwachen gesehen, denn Salonik war der
Hauptstich der jungtürkischen Verwässerung und Erhebung;
seither erleben sie den dritten Balkankrieg, und jetzt gar haben
sie, wie es scheint, die Nachfahren aller Völker, die einst um
die Stadt gerungen, Griechen, Italiener, Türken, Franken,
Elben und Germanen vor ihren Toren ein Stellbildnis ge-
geben. Die Welt ist rund.

Wen wird es wundern, daß diese Stadt die bunteste Be-
völkerung beherbergt? 60 000 spanische Juden sind ihr Haupt-
teil, daneben 3000 Italiener und Franzosen, die restlichen
40 000 sind Griechen, Türken und ein Teil Serben und Bul-
garen. Welch ein Konglomerat von Menschen, welche Mischung
von Kulturen! Welcher Niederschlag von dreitausendjähriger
Menschenbrandung!

Die griechischen Wahlen.

Bei den Kammerwahlen scheinen die Sunaristen eine
große Mehrheit erhalten zu haben. Sicher ist jedenfalls eine
Mehrheit für Verharren in der Neutralität.

Die ersten Schüsse in Salonik.

Konstantinopel, 20. Dez. („Frankf. Ztg.“) Bisher
griechischen Truppen aus Salonik entfernt worden
sind, behalten sie das die Stadt beherrschende Fort Kara-
burnu besetzt. Die Franzosen äußerten zweimal den
Wunsch, ihnen dieses Fort zu übergeben, was die Griechen
jedoch ablehnten. Am letzten Freitag näherte sich eine stärkere
französische Patrouille Karaburnu. Da auf Anruf die Fran-
zosen nicht stehen blieben, eröffnete das Fort das Feuer,
worauf sich die Patrouille fluchtartig zurückzog.

Wiederaufnahme der deutsch-bulgarischen Verhandlungen?

Nach der „Allg. Ztg.“ melden die „Basler Nachrichten“:
Berichte aus griechischer Quelle lassen die Wiederaufnahme der
deutsch-bulgarischen Verhandlungen gegen die Verbündeten in Salo-
nik vermuten. Während zu diesem Zweck zwischen Griechen-
land und den Mittelmächten diplomatische Verhandlungen
gepflogen werden, haben die Bulgaren, wie der Athener Mit-
arbeiter der „Morning Post“ aus sicherer Quelle erfahren haben
will, ein neuangelegtes 150 000 Mann starkes Heer bereit,
um jederzeit ins Feld zu rücken.

Serbisches Flüchtlingselend.

Zwischen der serbischen und der griechischen Regierung sind
laut Agence Saba's Verhandlungen über die Unterbringung der
serbischen Flüchtlinge in Griechenland eingeleitet worden. 4000
werden in Solo und 4000 auf Korfu, andere auf Euboea und
Sagilien untergebracht.

Wie das „Berl. Z.“ meldet, haben sich von der gesamten serbi-
schen Armee höchstens fünfzigtausend Mann ohne jeden Train
ohne jede Artillerie nach Montenegro und Albanien gerettet. Höch-
stens dreißigtausend Mann nahmen den Weg nach Montenegro,
von denen wohl kaum zwei Drittel Skutari wirklich erreicht haben,

Der Rest von etwa zwanzigtausend Mann hat sich nach Albanien gewandt. Das Schicksal dieser Trümmer der Serbenarmee ist zweifellos noch klaglicher. Tausende müssen verhungert, Tausende von den Albanern, die die Serben hassen und die, trotz aller Entlohnungsversuche, noch immer teilweise über Gedenke verfügen, von den Höhen der Berge herab erschossen worden sein. Die Not in Albanien und Montenegro soll einen unbeschreiblichen Grad erreicht haben. Auch Montenegro ist einzig und allein auf die Versorgung zur See angewiesen, nachdem die fruchtbaren Gebiete des Landes bereits von den österreichisch-ungarischen Truppen besetzt sind und den Montenegrinern jetzt nichts als ihr steinigtes Bergland verbleibt.

Bulgarenbeute.

Die Bulgaren haben laut einem Bericht aus Sofia dem Serbenheer Werte im Werte von Hunderten von Millionen abgenommen, darunter 4500 Eisenbahnwagen und viele Lokomotiven. Die Serben hatten ihren gesamten Eisenbahnpark an zwei Stellen zusammengefahren, nämlich bei Kruševac und auf der Strecke zwischen Leskovac und Braničevo, und lediglich alle Eisenbahnbrücken gesprengt, die in dieses Sammelgebiet führten. Sie waren der Meinung, bevor es den Bulgaren gelingen würde, zu diesen Eisenbahnstrecken zu gelangen, würde es ihnen längst gegolten sein ihre Verbindung mit den Engländern und Franzosen herzustellen. Auf ihrer Flucht hatten die Serben dann nicht einmal Zeit, die Lokomotiven anzuhaken und gegen die gestörten Einmal-Lokomotiven zu lassen, um ihren Eisenbahnpark zu vernichten. Fast alle diese Waggon waren beladen. Alles, was die Serben während eines Jahres der Entente abgepreßt hatten: Munition, Geschütze, Leder, Gummiwaren, Benzin, fiel den Bulgaren in die Hände.

Abchied von den Dardanellen.

Konstantinopel, 20. Dez. (H. B. Nichtamtlich.) Der Berichterstatter der Agentur Milli an den Dardanellen meldet: Seit gestern begannen die türkischen Truppen bei Anafortia und Ari Burnu mit dem allgemeinen Angriff. Unser Artilleriefeuer brachte dem Feinde schwere Verluste bei. Die Soldaten, die seit Monaten auf diese Offensive warteten, schlugen den Feind vollständig in die Flucht und erreichten bei Ari Burnu das Meer. Die Beute ist unermesslich groß. Infolge dichten Nebels gelang es dem Feinde zu entkommen, ohne viele Gefangene zurückzulassen.

London, 20. Dez. (H. B. Nichtamtlich.) Amtlich wird bekanntgegeben, daß sämtliche Truppen von der Subla Bai und der Anzaczone mit Kanonen und Vorräten mit Erfolg nach einem anderen Kriegsschauplatz gebracht worden sind.

London, 20. Dez. Unterhaus. Die Mitteilung von der erfolgreichen Zurückziehung der britischen Truppen mit unbedeutenden Verlusten und von ihrer Ueberbringung nach einem anderen Kriegsschauplatz wurde mit Beifall begrüßt. Asquith sagte, die Zurückziehung sei infolge eines vor einiger Zeit gefassten Beschlusses des Kabinetts geschehen.

Die Berichte lassen nicht klar erkennen, ob es sich um die Freigabe des ganzen Dardanellenunternehmens handelt, oder nur um den Rückzug von der Subla Bai. An der Subla Bai hatten die Engländer das Glück zwingen wollen. Nachdem es ihnen und den Franzosen unmöglich war, sei es auf dem Wasserwege oder von der äußersten Spitze der Halbinsel vorzudringen, landeten sie überraschend Mannschaften an der etwa 25 Kilometer aufwärts beim Golf von Saros sich in die Dardanellen einfüßenden Subla Bai und wollten von dort aus in die Linien der Türken durchstoßen. Das ist ihnen aber schlecht bekommen, in der Schlacht von Anafortia erlitten sie schwere Verluste und lebten seitdem am Rande der Bai auf einem schmalen Streifen. Seitdem wußte man, daß eines Tages das Unternehmen enden müßte. Seitdem die Verbindung der Mittelmächte mit der Türkei hergestellt war und die Türken allmählich Geschütze und Munition zugeführt bekamen, wurde die Lage der Alliierten vollends unhaltbar. So traf denn schließlich der Türkenvorstoß auf Truppen, die bereits zum Abzug entschlossen waren. Ob die Alliierten bei Anafortia und Subla Bai, an der äußersten Spitze der Halbinsel, zunächst noch stehen bleiben oder das Unternehmen ganz aufgeben, das ist von minderer Bedeutung. Zweifellos ist das ganze Unternehmen bankrott. Ein großer Aufwand schließlich ist vertan. Der Sohn über das mächtige Großbritannien wird in der mohammedanischen Welt nicht anschießen.

Kleines Genieleton.

Die längste Belagerung der Weltgeschichte.

Die Frage nach dem Namen der belagerten Stadt, die am längsten einem feindlichen Heere Widerstand geleistet, ist in den letzten Monaten mehrfach aufgetaucht und verschiedentlich beantwortet worden. Bald wurde Troja genannt, das von 1194 bis 1184 vor Christi Geburt den Griechen Widerpart hielt, ehe es durch die List des verblagenen Odysseus bezwungen, bald Tarsus, das gar erst nach 24 Jahren erlitten werden konnte. Die Palme gebührt jedoch unstreitig der Stadt Asoth in Palästina, die erst nach 29 Jahren der Belagerung sich ergab. Geschichte und Sagenkreis haben sich begreiflicherweise vielfach mit diesem sonderbaren Ereignis befaßt.

Als Tharaka, der letzte äthiopische König auf dem ägyptischen Thron das Reich geerbt hatte, bemächtigte sich zwölf Große des Reiches, teilten es in ebensoviele Teile und schlossen einen Bund miteinander, daß jeder gleiche Rechte in seiner Provinz haben sollte und niemals Feindseligkeiten unter den Provinzen geduldet würden. Diesen Vertrag beschworen sie mit den fruchtbarsten Eiden. Nun gab es aber ein altes Orakel, das verkündet hatte, daß derjenige, der beim Feste des Feuer Gottes Sphaisos diesem aus einem Bronzebecher zutrinken werde, Herr von ganz Ägypten werden könne.

Zwölf Jahre ruhiger Regierung waren so vergangen. Da feierte man eines Tages wieder das Fest des Sphaisos. Die zwölf Könige begaben sich gemeinsam zum Tempel und nahmen aus den Händen der Priester die goldenen Becher entgegen, aus denen dem Gotte zugetrunkten werden sollte. Und siehe da, — ein Becher fehlte; es waren statt zwölf nur elf Goldbecher vorhanden. Und ohne zu zögern, nahm Blammetich, einer der zwölf Könige, seinen bronzenen Helm vom Haupte und gab zu erkennen, daß er aus diesem Gefäß dem Gott das Trankopfer bringen wolle. Die anderen Könige aber erinnerten sich des Orakelspruches und, um ganz sicher zu gehen, verbanden sie sich gegen Blammetich und verjagten ihn in verlassene Gegenden. Der aber sann auf Rache. Zahlreich lebte er in der Verborgenheit und wachte nach einer Gelegenheit, um sich für die ihm angetane Unbill zu rächen. Da meldeten ihm eines Tages seine Kundschafter, daß im Lande Männer aus Bronze angekommen seien. Es waren gepanzerte Seefahrer aus Griechenland und den jonischen Inseln,

Der gestrige Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 20. Dez. (H. B. Nichtamtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz.

Das Feuer unserer Küstenbatterien vertrieb feindliche Monitore, die gestern nachmittags Wesende beschossen. An der Front neben lebhafter Artilleriekämpfe mehrere erfolgreiche Sprengungen unserer Truppen.

Ein unserer Flugzeuggeschwader griff den Ort Boveringhe an, in dem zahlreiche Verbindungen des Feindes zusammenliefen. Ein englischer Doppeldecker wurde im Luftkampf bei Brügge abgeschossen; die Insassen sind tot.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Bei den Kämpfen nördlich der Tara sind, wie nachträglich gemeldet wird, drei Gebirgs- und zwei Feldgeschütze erbeutet worden. Gestern fanden bei Mojskova weitere für die österreichisch-ungarischen Truppen günstige Kämpfe statt. Mehrere Hundert Gefangene wurden eingebracht. Von den deutschen und bulgarischen Heeresteilen nichts Neues. Oberste Heeresleitung.

Anarchistenprozess in Frankreich.

Am 3. Dezember wurden in Rontoise die Gerichtsverhandlungen gegen fünf russische Anarchisten eröffnet, die angeklagt sind, Dynamitbomben verfertigt und ausbezahlt zu haben. Die Namen der Angeklagten sind: Kiritschew, Mahorajewski, Trajanowski, Ustinow und Gorgewski. Die Verhaftung fand Ende Juli 1914 statt, so daß die Angeklagten sich über 16 Monate in Untersuchungshaft befanden. Sämtliche Angeklagte besaßen sich über schlechte Behandlung im Gefängnis. Am 4. Dezember machte Kiritschew einen Selbstmordversuch. Vor Gericht legte er das Geständnis ab, daß er die Bomben verfertigt habe, um sie in Rußland gegen den Zaren zu verwenden. Mahorajewski gestand, daß er die Bomben verfertigt habe; die furchtbaren Verfolgungen, denen er von der russischen Polizei ausgesetzt gewesen sei, haben ihn zum Entschluß gebracht, sich durch Attentate zu rächen. Aber auch in Frankreich habe er von der Polizei viel zu leiden gehabt.

Das Urteil wurde am 8. d. M. gefällt. Kiritschew erhielt 4 Jahre Gefängnis; Ustinow, Gorgewski und Trajanowski je 3 Jahre. Mahorajewski 6 Monate Gefängnis.

Verdächtige-Geschichten.

„Reuter“ meldete aus New York: Beamte des Justizdepartements beschuldigen einen gewissen Paul König, ehemaligen Chef des Geheimdienstes der Hamburg-Amerika-Linie, und einen gewissen Richard Lindstedt, beide sind beschuldigt, sich verdammt zu haben, die Straße über den Welland-Kanal, zwischen dem Erie- und dem Ontario-See, in die Luft zu sprengen. Beide sollen eingestanden haben, sich nach dem anderen über das Kanalbecken zu haben, aber ohne die kanadische Grenze zu überschreiten. Man erklärt, daß König seit Kriegsbeginn der Chef des deutschen Geheimdienstes in den Vereinigten Staaten gewesen sei. Er ist angeklagt, legitim unter dem Namen Stemmer von einem gewissen Gaston Stoll, der gegenwärtig wegen Weibes in Gefängnis ist, das Zeugnis erhalten zu haben, daß die „Lustiana“ Kanonen an Bord hatte. Man glaubt zu wissen, daß König und Lindstedt den Kanal durch Spione photographieren ließen und daß sie sich abschieden, ihn mit Nitroglycerin zu sprengen. Die gegen sie angehängte Klage behauptet auch, daß sie beabsichtigten, eine militärische Unternehmung in den Vereinigten Staaten zu beginnen.

Auf diese Dinge beziehen sich wohl die heftigen Worte in der Kongressrede des Präsidenten. Bei all dem handelt es sich jedoch nicht um etwas, was die Vereinigten Staaten treffen sollte, sondern England; der Munitionstransport über Kanada sollte verhindert, Kanada in Unruhe versetzt werden. Ein sicheres Urteil wird jedoch erst möglich sein, wenn statt des notwendig einseitigen Reuterberichts genauere Berichte vorliegen.

Die Reuter weiter meldet, hat der Berliner Mitarbeiter der „New York Times“ einen drastischen Bericht gegeben, der als autorisierte Erklärung aufgeführt werden könne, in welcher die deutsche Regierung die Taten der Verdächtige mitleidig billigt und sagt, daß sie nie irgend eine Tat unterstützt habe, an der Amerika Anstoß nehmen konnte.

die der Sturm an die ägyptischen Küsten geworfen hatte; sie hatten Helme und Panzer aus Bronze. Der König aber lud die fremden Gäste zu einem Festmahl ein, befreundete sich mit ihnen und setzte sich schließlich an ihre Spitze, um den anderen elf Königen den Krieg ins Land zu tragen; er besiegte sie und machte sich zum Herrn von ganz Ägypten.

Als er feldhergestalt, wie Herodot berichtet, den ägyptischen Thron besetzt hatte, wollte er sein Reich weiter vergrößern und er lagte dem mächtigsten Nachbarn, dem König von Assyrien, Krieg an. Um in dessen Land einzufallen, mußte er aber erst das dazwischen liegende Palästina mit Krieg überziehen. Und so brach er mit einem großen Heere in Palästina ein.

Aufgehalten aber war sein Vormarsch erst durch die Stadt und Festung Asoth, eine der wichtigsten Städte des Landes, worin auch das Götterbild des Dagon verehrt ward. Blammetich umschloß die Festung nun zu Wasser und zu Lande mit einem Belagerungsheer von 14000 Kriegeren. Dreimal wagte er den Sturm, dreimal wurden seine Scharen unter schweren Verlusten zurückgeschlagen; da verschanzte er sein Heer rings um die Stadt und beschloß, sie auszuhungern. Aber die Bewohner von Asoth standen mit den Hebräern und Phöniziern im Bunde und wurden oft mit frischen Lebensmitteln, Getreide, Fleisch und Früchten versehen; und so verging fast ein Menschenalter, volle neunundzwanzig Jahre, ehe sich das schier unbewingliche Asoth den Belagerern ergab. Am Jahre 621 vor Christi Geburt konnte der inzwischen alt und grau gewordene König Blammetich darin seinen Einzug halten. Wie viele von den Kriegeren noch lebten, die beim ersten Sturm auf Asoth dabei waren, verrät uns der Geschichtsschreiber nicht. Aber es läßt sich mit leichter Mühe errechnen, daß aus den Junglingen inzwischen großwärtliche Greise geworden waren, deren Woffenfähigkeit wohl in vielen Fällen nicht mehr so ganz auf der Höhe stand.

Die Gelfertal-Bahn.

Mitten im Kriege wird wieder ein Werk des Friedens seiner Bestimmung übergeben: die 25 Kilometer lange Nebenbahn Velmeden-Eidenberg eröffnet den Verkehr. Damit wird ein herrliches Stückchen Erde dem Touristen erschlossen, der bisher mancherlei Unbequemlichkeiten scheute, die der Besuch des Gelfertales auflegte. Der Strom der Naturfreunde wird — wenn erst einmal wieder die Segnungen des Friedens

Deutscher Reichstag.

Berlin, 20. Dezember.

Im Bundesrat: Teilred. Helfertich.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gesetzes Entwurfes über vorbereitende Maßnahmen zur

Verteuerung der Kriegsgewinne.

Die Kommission beantragt hierzu in einer Resolution, den Reichstag zu ersuchen: a) Maßnahmen zu treffen, um unter voller Wahrung der Interessen des realen Wirtschaftlebens die Unternehmung und Herstellung von Gütern herbeizuführen, in denen durch Kriegserzeugnisse, die Vorbereitung, Vermittlung, Versorgung oder Veräußerung von Kriegserzeugnissen oder eine andere Mitwirkung bei ihnen ein übermäßiger oder unzulässiger Gewinn erzielt werden; b) einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den für den Reichsfinanzen ein Anspruch auf Herausgabe solcher Gewinne begründet wird; c) einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den, wer sich oder einem dritten für Veräußerungen Vermögensgegenstände gewöhnt oder verschaffen läßt, die den öffentlichen Wert übersteigen und im auffallenden Mißverhältnis zur Leistung stehen, zum Ersatz des Schadens verpflichtet wird, und zwar mit rückwirkender Kraft, auf die seit Kriegsbeginn abgeschlossenen oder erfüllten Geschäfte; d) die verbündeten Regierungen zu ersuchen, unverzüglich geeignete Maßnahmen zu treffen, durch welche die Erhebung einer künftigen Kriegsgewinnsteuer auch der Einzelpersonen sichergestellt wird.

Die Abg. Siebert u. Gen. (Soz.) beantragen in einer Resolution, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Erhebung eines erachteten Kriegsgewinns im Laufe des Steuerjahres 1916/17 vorsieht. Ferner, die infolge einer Erhöhung ihres Vermögens oder Einkommens in den Krieg der Beitragspflichtigen oder in eine höhere Beitragsstufe aufsteigen, haben dies anzumelden. In Fällen, wo eine betragsmäßige Verminderung des Vermögens oder Einkommens nachgewiesen wird, ist auf Antrag eine entsprechende Ermäßigung des Beitrags zu gewähren.

Abg. Dr. David (Soz.):

Das vorliegende Gesetz will verhindern, daß Gewinne von Afrika und anderen Erwerbsgegenständen sich auf diese Weise in die Hände der Reichen verschieben. Es ist ein Teil einer kommenden Steuerreform, die für den März angekündigt ist. Diese kommende Reformbestimmung soll nach der Ankündigung des Staatssekretärs sich eng anlehnen an das vorhandene Reichssteuergesetz vom 4. Juni 1913, das im April 1917 in Kraft treten soll und im wesentlichen eine Verteuerung des Vermögensgegenstandes darstellt. In gewissem Sinne soll dieses Verteuerungsgesetz ausgebaut werden. Die erste Ergänzung ist die Einföhrung der fiktionalen Personen in dieses Gesetz, die die Sozialdemokraten schon 1913 gefordert haben. Darin liegt eine Doppelbesteuerung, da das Vermögen auch bei der Ausschüttung an die Aktionäre ergriffen wird. Aber bei den Aktionären ist sich der Gewinn vielfach in kleine Stücke, in Rente, auf und entliehen sich der Verteuerung fast ganz, und somit wirklich eine Doppelbesteuerung eintritt, ist sie moralisch berechtigt, da das Einkommen aus dem Besitz von Aktien

ein unerschütterter Gewinn

ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Reuter soll auch der Besitz an Immobilien, Kunstwerken und dergleichen herangezogen werden. Auch das haben wir früher schon erreicht. Wenn man diesen Besitz freilassen wollte, so wäre das eine schreckliche Ungerechtigkeit, geradezu eine Aufforderung zur Steuerhinterziehung. (Sehr richtig!) Eine dritte Ergänzung will, daß nicht nur das Vermögen berücksichtigt werden soll, sondern auch die Einkommensverhältnisse der Steuerpflichtigen. Beim Verteuerungsgesetz ist das mit Erfolg durchgeführt worden. Meine Parteifreunde billigen auch diese Ergänzung. Notwendig ist ferner, daß auch die fiktionalen Personen und Familien in das neue Gesetz einbezogen werden. Darum ist schwer gekämpft worden. Beim Verteuerungsgesetz ist es gelungen, die Steuerpflicht der Landesfürsten in das Gesetz hineinzubekommen. Die Regierung erklärte zwar, die Fürsten haben sich freiwillig dazu erhoben, aber die Kommission und die Mehrheit des Reichstages standen auf dem Boden, daß die Landesfürsten prinzipiell steuerpflichtig sind, und es wurde in das Verteuerungsgesetz ein Passus aufgenommen, wonach die Bundesregierung die Anträge zu bestimmen hat, die die Verteuerung der Landesfürsten in die Wege zu leiten haben. Wir bemühen uns,

die Steuerpflicht der Landesfürsten

auch in das Verteuerungsgesetz hineinzubringen. Aber vor der dritten Lesung wurde es wieder herausgebracht. Diesmal wird diese Steuerpflicht wohl aufgenommen werden von einer großen Mehrheit des Hauses. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Möge daher die Reichsregierung die Steuerpflicht der Landesfürsten in der kommenden Vorlage von vornherein ausprechen, um ein erhöhtes Kampfe hierüber zu ersparen. In einer Zeit, wo jeder bereit sein muß, Opfer zu bringen für die Interessen der Gesamtheit, dürfen sich die fürstlichen Familien der Steuerpflicht auch nicht entziehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Schatzsekretär nannte

auf deutschem Lande ruhen — nicht zögern, das nach jeder Richtung hin interessante Gebiet im weitesten Umfange aufzusuchen. Rosental, Gelfertberg, Wehner, Wälsch, Fehrbach und Hesselbühl mit seinem neuerrunden, eigenartigen Berges hatten der Bewunderer; Botaniker und Geologen finden besonders im oberen Gelfertal manches Beachtenswerte. Auch die Bewohner des Tales können von dem freudigen Ereignis der Bahnfertigstellung mancherlei Nutzen erwarten. Zunächst wird der Zugang zur Hauptverkehrsader nach Kassel-Halle und Hannover wesentlich erleichtert. Die Bahn mündet im Eisenbahnknotenpunkt Eisenberg mit seinen vielen Anschlußmöglichkeiten, welcher Umstand allein schon einen regen Aufschwung der neueröffneten Strecke erwarten läßt. Wenn vorläufig auch nur drei Zugpaare voranschicken sind, so dürfte diese Zahl nach dem Kriege unter normalen Verhältnissen bald vermehrt werden.

Freilich — nicht alle Wünsche erfüllt die Bahn. Besonders die Einwohnerzahl Groß-Almerodes mußte Verzicht üben. Sie hatte lebhaft gewünscht, daß die neue Linie in den alten Bahnhof einmünden solle oder durch den Blattenberg-Tunnel eine direkte Verbindung nach Kassel-Kassel geschaffen würde. Technische und finanzielle Schwierigkeiten ließen es rätlich erscheinen, diese Wünsche unberücksichtigt zu lassen. Der neue Bahnhof erhielt die Bezeichnung Groß-Almerode-St. Der Fahrplan weist die Orte Velmeden, Landendach, Groß-Almerode, Engterode, Trubenhausen, Sundelshausen, Unterrieden und Eisenberg auf. Alle Stationen, mit Ausnahme von Engterode, haben Güterverkehr. Auch der Postverkehr wird durch die neue Bahn erleichtert. Randschafflich bietet die Bahn manches Ueberraschende. So den 330 Meter langen Tunnel durch den Querenberg, die Ueberbrückung des Gelfertbaches bei Engterode und die Wehrbrücke bei Wigenhausen.

Durch die Fertigstellung der Bahn wird einem 50jährigen Streben Genüge geleistet. Schon im Jahre 1864 war zwischen Dreußen und dem ehemaligen Kurhessen eine Bahn Kassel-Heiligenstadt vorgetrieben, die jedoch im Jahre 1868 über Mühlendamm geleitet wurde. Die Durchführung der Bahn Kassel-Kassel hat dem Streben Groß-Almerodes nach bestem Bahnanschlusse nicht Genüge geleistet. Soffen wir, daß die neue Bahn der industriellen Entwicklung der großen Gemeinde gerecht wird und ein baldiger Friede das Kellhorn wirtschaftlichen Segens über das Gelferttal erreicht, ohne dabei dessen Natur Schönheiten zu gefährden oder ganz zu zerstören.

die Steuerpflicht lehnt eine Ehrenpflicht genau wie die Wehrpflicht. Hoffentlich wird die Reichsregierung nicht den Standpunkt aufrechterhalten, diese Ehrenpflicht gelte nicht für die Landesfürsten. (Beifall links.)

Der Staatssekretär hat ferner gesagt, die Besteuerung des Kindesverbes solle aus dem Gesetz herausfallen. Das ließe in das Besteuerungsgebiet ein Loch fallen, das durchaus füllenswert wäre. Wer die Kämpfe um diese Bestimmung kennt, muß die Regierung dringend warnen, diese Kämpfe bei dem kommenden Gesetz neu zu eröffnen. Wegen dieser Absicht würden wir uns mit aller Energie wehren, wir sagen der Regierung schwerste Fehde an, wenn sie daran denken sollte, diese schwer erlämpfte Erwerbssteuer wieder aus dem Besteuerungsgebiet zu entfernen. (Beifall links.)

Was soll nun aus dem alten Besteuerungsgebiet, da ja das neue, sein Ausbau, schon 1916 in Kraft treten soll. Wir hoffen, daß es eine dauernde Einrichtung sein wird. Es wäre das dann ein Reichsvermögens-Einkommen-Grundsatzsteuergesetz. Man könnte fragen, ob nicht daneben noch ein direktes Einkommensteuergesetz geschaffen werden sollte. Aufgegeben haben wir diese Absicht nicht, denn die Reichseinkommensteuer muß die Grundlage der Besteuerung sein.

Das vorliegende sowie das im März kommende Gesetz wird aber dem Deutschen Reich für das Jahr 1916 noch keinen Pfennig Einnahmen bringen. Frühstens würde Steuer aus diesen Gesetzen vom 1. April 1917 ab eingeht. Wie will da die Regierung das Budget des nächsten Jahres

ins Gleichgewicht bringen? Es sind große Ausfälle bei den Einnahmen zu verzeichnen, bei den Einnahmen der Verbrauchsabgaben bei der Post und den Reichseisenbahnen. Das Budget kann also nicht ohne neue Einnahmen ins Gleichgewicht gebracht werden. Es gibt ja den Ausweg, die Ausgaben für Heer und Marine auf die Kriegsanleihe zu verschieben. Das darf aber unter keinen Umständen geschehen, denn es hieße, ordentliche Ausgaben mit Schulden zu begleichen. Das trifft namentlich auch für die Zinsen der Kriegsanleihe zu, die im kommenden Jahre anderthalb Milliarden betragen werden. Diese Zinsen mit neuen Schulden zu bezahlen, müßte zu einer vollständigen Zerrüttung der Reichsfinanzen führen. Es müssen also neue Einnahmen geschaffen werden. Der Staatssekretär hat die Anleiheverpflichtung Englands einer Kritik unterzogen und gemeint, England habe größere finanzielle Schwierigkeiten als wir. Aber in einer Beziehung

sieht England doch besser:

Es konnte seine Kriegsausgaben nicht ganz durch Steuern aufbringen, wie es sich im Anfang dieses Jahres eingebildet hat. Aber die Engländer haben doch nicht verstanden, daran zu denken, wenigstens einen Teil der Kriegsausgaben durch neue Steuern aufzubringen. Das englische Budget sieht eine Erhöhung der direkten Steuern um nicht weniger als 1 Milliarde 800 Millionen Mark vor. Weiter ist eine Erhöhung der Kriegsgewinnsteuern schon für das Jahr 1916 mit 600 Millionen Mark vorgesehen. (Hört! Hört!) Man will dort bekanntlich die Kriegsgewinne ohne Unterschied der Höhe mit 50 Prozent besteuern. Dieses Meer an direkten Steuern von 2 Milliarden und 400 Millionen Mark ist ein nachahmenswertes Beispiel. (Sehr richtig!) Es würde uns von nahem herin die Verzinsung der Anleiheverschuldung und darüber hinaus eine ansehnliche Summe für andere Bedürfnisse des Reiches bringen. England hat zwar auch die indirekten Steuern um 118 Millionen Mark erhöht, England hat aber keine indirekten Steuern auf die Konsumgüter, das heißt auf Fleisch usw., keine indirekten Steuern haben sich auf Gegenstände, die nicht so tief in die Handhaltung der Armen und Kleinen eingreifen wie bei uns. Dann kommt noch in Betracht, daß die englische Einkommensteuer erst bei einem Einkommen von 200 Mark einsetzt. Nach dem neuen Vorschlag soll diese Grenze auf 2000 Mark herabgesetzt werden, bleibt also immer noch höher wie bei uns. Nur 11 Prozent der Bevölkerung sind in England einkommensteuerpflichtig. England hat also ein viel sozialeres Steuersystem als das Deutsche Reich, und eine Aufhebung unserer Steuern darf nur in dem Sinne erfolgen, daß unser Steuersystem ein viel sozialeres Gesicht bekommt. (Sehr richtig! links.)

Um dem Reich schon 1916 neue Einnahmen zu verschaffen, haben wir unseren Antrag eingebracht. Wir verlangen darin eine erneute Erhöhung des Wehrbeitrages.

Eine neue Veranlagung des Vermögens hat die Regierung abgelehnt. Trotzdem halten wir es für möglich, den Wehrbeitrag zu erhöhen. Es kommt nur darauf an, daß bei beträchtlichen Vermögensveränderungen, die seit der Veranlagung vom 31. Dezember 1913 eingetreten sind, eine entsprechende Erhöhung geschaffen wird. Viele Personen sind aber auch dieser Zeit zu Vermögen gekommen und für diese verlangen wir die Pflicht, Erklärungen abzugeben, daß sie in Besitz eines steuerpflichtigen Vermögens sind. Das Reichsbesteuerungsamt hat ja auch solche nachträglichen Erklärungen vorgelegt. Man kann den erneuten Wehrbeitrag auch anders nennen, z. B. Kriegsteuer oder, wenn man das Wort Steuer vermeiden will, Kriegbeitrag. Ein noch schönerer Name, gegen den wir auch nichts haben, wäre „Ehrenpflichtbeitrag“. Dann wird jeder daran erinnert, daß die Steuer im Kriege eine Ehrenpflicht ist wie die Wehrpflicht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich kann nicht sagen, daß für die wohlhabenden Schichten in diesem neuen Wehrbeitrag eine Gatte liegen würde. Dem widerspricht das glänzende Bild, das uns der Staatssekretär von der Kapitalkraft Deutschlands gegeben hat. Der kategorische Imperativ der Staatsbürgerpflicht und der Vaterlandsliebe, der nach Ansicht des Staatssekretärs in den gezeichneten Milliarden seine Triumphe gefeiert hat, sollte sich auch einmal betätigen, wenn er nicht mit 5 Prozent verzinst wird. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Millionen wären glücklich, wenn sie auch Kriegsanleihe hätten zeichnen können, sie müssen sich aber damit bescheiden, mit den Zins zu zahlen für die Kriegsanleihe. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Da man von den Minderbemittelten die Eingabe von Gesundheit und Leben verlangt, so kann man in solchen Zeiten auch von den Wohlhabenden die Eingabe eines beträchtlichen Teiles von Geld und Gut zum Schutze unserer nationalen Gegenwart und Zukunft verlangen. Die reichen Leute haben bis jetzt in diesem Kriege materiell noch nicht viel gelitten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Minderbemittelten tragen aber zu den übrigen Opfern noch

die fürchterliche Sorge um ihre Existenz,

die Leiden und Entbehrungen, die der Verzicht auf das Notwendigste bedeutet. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gerade im Berliner Westen kann man den schneidenden Gegensatz zwischen einem Leben in Heppigkeit und größtem Glanz beobachten. Wenn die Steuer selbst eine Gatte bedeutet, so würde es nichts schaden, wenn auch die Reichen einmal die Not am eigenen Leibe spüren müßten. Es ist lediglich eine Dankeschuld, wenn sie sich bereit finden, jetzt wenigstens das zu zahlen, was sie an Zinsen aus der Kriegsanleihe beziehen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Krieg macht die reichen Leute noch reicher, und die Armen noch ärmer. (Sehr richtig!) Gegenüber dieser Verschärfung der sozialen Gegensätze müssen wir darauf hinarbeiten, daß durch tiefgreifende sozialpolitische Gesetze und wirtschaftspolitische Maßnahmen die Interessen der Gesamtheit der Minderbemittelten in Zukunft ganz anders gewahrt werden wie bisher. Hier wird auch die Frage aufkommen, wie weit das Reich durch

Schaffung großer Monopole

die Rüstungsindustrie, die Gruben, das Versicherungswesen in Reichsverwaltung zu nehmen hat, um der Gesamtheit die Mittel auszugeben, die zur Hebung des Kulturlebens des Volkes notwendig sind. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Dazu gehört auch ein sozialeres Steuersystem. Man darf nicht etwa mit neuen indirekten Steuern kommen. Das wäre das Verhängnisvollste, was geschehen kann. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir zeigen Ihnen einen Weg, er ist gangbar; technische Schwierigkeiten können nicht entgegengehalten werden, er ist gut und gerecht, und darum bitten wir: Nehmen Sie diesen Antrag an. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Delferich: Es die Besteuerung der Erbschaften im Reichsbesteuerungsamt abgelehnt werden soll oder wie sonst im einzelnen die Dinge geregelt werden sollen, darüber sollte man die künftige Entscheidung abwarten. Die Absicht, einen erheblichen Teil der Kriegskosten Englands während des Krieges durch Steuern aufzubringen, hat sich in England nicht durchsetzen lassen. (Sehr richtig!) Die Steuern reichen heute in England nur aus, um die Zinsen der Kriegsanleihe zu decken. Es wäre vermessenes, wollten wir den Krieg von Anfang bis zu Ende führen, ohne Steuern zu erhöhen, aber solange wir unsere ordentliche Wirtschaft ohne Steuererhöhung durchführen können, wollen wir von höheren Steuerquoten absehen. Das Etatsjahr 1914/15, von dem ein Teil in die Kriegskosten fiel, hat mit dem sehr erheblichen Heberisch von 200 Millionen Mark abgemessen. Der Etat für 1915/16 wird ungefähr im Gleichgewicht bleiben. Die Aufstellung des Etats für 1916/17 wird viel schwieriger werden. Ohne neue Steuern wird sich das Gleichgewicht nicht erhalten lassen. Der Patriotismus des deutschen Volkes wird auch diese Opfer bringen. Der Krieg wird uns unter allen Umständen

eine kolossale Steuerbelastung

bringen, einerlei wie hoch die Kriegsentwöhnung sein wird, auf die wir natürlich rechnen. (Sehr richtig!) Man hat aber nach bestimmten Richtungen festgesetzt, man hat ein genaues Bild machen, wie die Verteilung aussieht. Die Struktur, der Aufbau unseres öffentlichen Lebens, der Kommunen, Einzelstaaten und des Reiches ist durchaus gesund. Und diesen Aufbau wollen wir auch über den Krieg hinaus erhalten. Dabei müssen wir auch auf dem finanziellen Gebiete bestehen. Die deutschen Vorschläge möge man für die Zukunft zurückschieben. Es gibt im Deutschen Reich niemand mehr, der da glaubt, daß wir auf die vor dem Kriege geltenden Steuerhöhen nach dem Kriege zurückkommen werden. Aber die Lieberung habe ich doch, daß jedermann sagt: Der Krieg muß durchgehalten werden, laßt er, was er will. Wir werden uns damit abfinden haben. Der deutsche Patriotismus wird sich nicht nur im Reichen, sondern er wird sich auch im Steuerzahler zeigen. Diesen Patriotismus brauchen wir, und es wird an ihm hoffentlich nicht fehlen. Sonst könnte man allerdings an der Zukunft des Reiches zweifeln. (Beifall bei Delferich.)

Abg. Stresemann (nat.): Ich muß es zurückweisen, wenn Dr. Delferich sagt, daß der Krieg die Reichen reicher, die Armen ärmer mache. Wohl hat starke Wertveränderungen vorgekommen. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß viele Vermögen in die größten Schwankungen gekommen sind. Gehen Sie nach Hamburg und Bremen. Wir haben auch in Deutschland in den Bundesstaaten und in den Kommunen sehr schon Kriegsteuern. Wir sind nicht abgeneigt, zu prüfen, ob der Wehrbeitrag weiter erhoben werden muß. Wir müssen aber die Bundesstaaten ebenfalls in die Lage setzen, ihre Kulturaufgaben zu erfüllen. Auch Dänemark hat eine einträgliche Kriegsgewinnsteuer eingeführt. Unserer Industrie geht durch den Krieg ein großer Schaden, ihre Leistungen haben die Schlagfertigkeit des Geistes erhöht. Gehen wir auch ferner dem Reich, was das Reich ist. (Beifall.)

Abg. Goltz (Hortzsch. Bpt.): Wir ständen der Vorlage zu, auch wenn gewisse Härten nicht vermieden werden können. Die Nachfragen der juristischen Personen sind tatsächlich eine Steuer schon während des Krieges, wenn die Abrechnung auch erst später erfolgt. Eine Differenzierung der Steuerpflicht ist nicht möglich. Wir müssen das gesamte Vermögen und das gesamte Einkommen erfassen. Der Krieg wird sich nicht als endgültiger Schaden erweisen, sondern das deutsche Volk wird auch die Kraft haben, durchhalten zu einem glänzenden wirtschaftlichen und kulturellen Ende. (Beifall bei Delferich.)

Abg. v. Brockhausen (konf.): Die ganze Frage der Kriegsgewinnsteuer darf nicht agitatorisch behandelt werden. Wir können heute nur ein großzügiges Programm aufstellen. Die Steuer darf dann auch keinen Vermögenskonfiskationscharakter haben. Die sozialdemokratische Resolution (Wehrbeitrag) lehnen wir aus grundsätzlichen und allgemeinen Gründen ab. (Beifall.)

Staatssekretär Dr. Delferich: Bei den Einkommensverhältnissen usw. wird der pro rata der Kapitalbeteiligung ausgeschüttet Gewinn als Gesamtgewinn der Gesellschaft angesehen.

Abg. Martin (Reichsp.): Es muß schnell zugegriffen werden, sonst ist der Zweck der Kriegsgewinnsteuer verfehlt. Wir können uns freuen, daß unsere Kriegsausgaben zum überwiegenden Teil im Lande bleiben. Die sozialdemokratische Resolution lehnen wir ab. (Beifall.)

Abg. Frhr. v. Dettl zu Dornheim (bei linker Partei): Gilt man leinert die Hölle vollständig abgelehnt, dann hätte unsere Landwirtschaft nicht zu solchen Leistungen kommen können. Die direkten Steuern dem Reich zu überweisen, hieße die Hölle schloßen, die die goldenen Eier legt. Wenn man bei uns das große Kriegskapital konfiszieren wollte, dann würden letzten Endes nur die Arbeiter die Kosten tragen. Die juristischen Personen werden nicht erfaßt, aber auch die Steuerpflicht der ausländischen Aktionäre kommt in Betracht. Diese sind beim Wehrbeitrag zum größten Teil frei ausgenommen.

Abg. Schiller (Magdeburg) (nat.): Es muß unbedingt dahin gestrebt werden, den unermesslichen Kriegsgewinn zu treffen. Gilt es steuerlich nicht an, so muß es auf rechtlichem Boden geschehen.

Staatssekretär Dr. Delferich: Es ist außerordentlich wichtig, alle Fälle zu sammeln, wo unzulässige Vermögenszuwächse und übermäßige Gewinne vorliegen, um so diese Gewinne für das Reich nutzbar zu machen, sei es durch Herausgabe der Beträge oder auf dem Wege des Schadenersatzes. Selbstverständlich werden wir der Resolution nach Möglichkeit entsprechen.

Stellvertreter der Kriegsmarine v. Wundt: Ich muß der Ansicht entgegenstehen, als ob die Zahl der unzulässigen Gewinne bei den Seeschiffen außerordentlich groß wäre. Im allgemeinen haben sich die Preise in nützlicher Höhe gehalten. Anfangs mußten wir hohe Beträge bewilligen, nur um schnell die Ware zu erhalten. Jetzt haben wir die Preise immer weiter heruntergesetzt. Auch würde der finanzielle Effekt sehr gering sein. Es wäre bedenklich, jeden Referenten vor das Forum zu schleppen.

Abg. Gröber (Brenz.): Wir wollen es vermeiden, daß man die Eingehung des Vermögens als das Ziel eines Strafverfahrens hinstellen könnte. Die Eingehung darf nicht die ethische Bedeutung einer Strafe gewinnen, sonst wird sie Mißbrauch. Es bleibt nur das Zivilverfahren übrig.

Abg. Doh (Sag.): Der Abg. Dettl zu Dornheim hat versucht, die Aufmerksamkeit von unserer Resolution damit abzulenken, daß er sich genötigt über unsere allgemeine Steuerreform erregte. Nach dem Kriege werden wir so eingehende und lebhaftige Kämpfe über die allgemeinen Steuerforderungen der verschiedenen Parteien haben, daß er gewiß auf seine Rechnung kommt. Wir haben aber ein besseres zu tun. Der Staatssekretär hat gerade mit Rücksicht auf das, was jetzt geschehen muß, es abgelehnt, auf unsere Resolution einzugehen. Unsere Resolution betrifft aber gerade die Arbeit, die jetzt erledigt werden muß und die, wenn sie jetzt verabschiedet wird, gar nicht mehr nachgeholt ist. Es handelt sich dabei um die Frage, welche Steuern im März nächsten Jahres zum Ausgleich des Haushaltsplans vorgelegt werden sollen. Der Staatssekretär sagt, warten Sie doch ab, im März werden wir uns über die Steuern auseinandersetzen. Geduld, über die Einzelheiten. Aber die Grundfrage muß entweder jetzt entschieden werden oder wir stehen nachher vor vollendeten Tatsachen, nämlich die Frage, ob es direkte Steuern sein sollen,

die die reiche Bevölkerung im wesentlichen zu tragen hat, oder ob man die Lasten durch indirekte Steuern, Verbrauchssteuern usw. wiederum auf die Schultern der ärmeren Bevölkerung legen will. Ich erinnere Sie an die Vorgänge der letzten Finanzreform, wo es sich um nur um 800 Millionen handelte, eine ganz bescheidene Summe im Verhältnis zu den Summen, die heute in Betracht kommen, und um eine Zeit, als unser Volk auf der Höhe seiner Kraft stand, während es jetzt schon die allergrößten Opfer auch

zu bringen muß. Im März müssen wir die Vorlage, die uns vorgelegt wird, im wesentlichen nehmen, zur Ausarbeitung neuer Steuerentwürfe, die uns dann die Zeit und die Ruhe. Darum müssen wir uns jetzt darüber verständigen, welcher Art die Vorlage sein soll. Der Umstand, daß der Staatssekretär demgegenüber, auf die Sache einzugehen und die Gründe, die er gegen unsere Resolution vorbrachte, sind leider geeignet, die große Rolle der Bevölkerung auf das Allerhöchste zu beunruhigen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Er sagt, wir müssen doch erst Heberisch über die Verhältnisse haben. Den Heberisch, der hier notwendig ist, den hat er schon. Er muß sich schon jetzt sagen, daß gar nicht daran zu denken ist, dem arbeitenden Volke in irgend welcher Form neue Lasten aufzulegen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das Großkapital wird immer mächtiger,

der Mittelstand verschwindet, und die übrige Bevölkerung kommt in eine geradezu unerträgliche Lage nach dem Krieg nicht nur dadurch, daß das Wirtschaftsleben in mancher Beziehung gehemmt sein wird, sondern auch durch die ungeheure Verzerrung, die uns im wesentlichen für absehbare Zeit nach dem Kriege bleiben wird. Es wird daher der Vereinigung aller Kräfte und der größten Arbeit bedürfen, um die Lage des arbeitenden Volkes einigermaßen erträglich zu machen. Daher muß es von vornherein ausgeschlossen sein, daß wir im März noch mehr die Lasten vergrößern, die auf den Schultern der Arbeiter lasten. Es muß unsere Aufgabe sein, das arbeitende Volk zu entlasten, aber nicht noch mehr zu belasten. Es liegt im eigenen Interesse der Regierung, daß der heutige Tag nicht vorübergeht, ohne daß klipp und klar erklärt wird, daß an indirekte Steuern nicht gedacht werden kann. Alles andere ist Neben- und Folge. Wie die Steuer im einzelnen geregelt wird, bedarf eingehender Erörterung. Mit den Schwierigkeiten der Durchführung unserer Resolution soll man uns nicht kommen in einer Zeit, wo unser Volk so gewaltige Aufgaben im Dienste des Vaterlandes zu erfüllen hat. Ich bitte den Herrn Staatssekretär dringend, auf unsere Frage eine andere Antwort zu geben. Möge er das bringen, was draußen von Millionen von Menschen verlangt wird, die klare Erklärung, daß nicht daran zu denken ist, daß das deutsche Volk mit neuen indirekten Steuern belastet wird. Spricht er dies Wort heute nicht, so würde das eine ungeheure Verunsicherung in den Reihen des Volkes bringen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Delferich: Alles, was Herr Doh ausgesprochen hat, trifft an meinen Ausführungen vorbei. Nicht ich, sondern Herr Doh trägt Verantwortung in die Bevölkerung hinein. Ich stelle fest, daß die einzige Steuer, die bisher genannt werden konnte, nichts anderes bedeutet, als eine außerordentlich erweiterte und vergrößerte Reichsvermögensgewinnsteuer, deren Höhe in keinem anderen Lande erreicht wurde. Ich habe das Vertrauen zum deutschen Arbeiter, daß Herr Doh nicht zu haben scheint, daß er wie ein Schlingensiefel neben dem Unteroffizier und Leutnant auch an unserer Seite später seine Pflicht für das Vaterland tun wird. (Sehr gut!) In eine Versteuerung der notwendigen Lebensmittel werden wir während des Krieges gewiß nicht herangehen. England hat den Tee, Zucker, Kaffee, Marmelade usw. außerordentlich hoch belastet. Sorgen Sie dafür, daß keine Verunsicherung entsteht, sondern daß man sich Rechenschaft über die Lage gibt und daß man dem, was wir bringen, ein unbefangenes ruhiges Urteil entgegenbringt. (Beifall bei Delferich.)

Abg. Graf v. Westers (konf.): Industrie, Handel und Landwirtschaft haben sich große Verdienste erworben. (Sehr richtig!) Es wird sehr schwer sein, zu beurteilen, welche Gewinne „übermäßig“ sind. Der zu erwartende Geschehnis muß sehr herausheben, daß es sich um Ausnahmefälle, die getroffen werden müssen, handelt.

Abg. v. Litz (Birnha. Bpt.): Gegenüber der Einmütigkeit, mit der die Ratsteuer im Felde gezahlt wird, treten unsere geringfügigen Opfer gar nicht in Frage.

Abg. Dr. Doh (Sag.): Ich habe vorher gemeint, daß man auch ohne einen in Aussicht stehenden Zinsgewinn für das Vaterland etwas tun muß, wie wir es in unserem Antrag durchsetzen wollen. Aus der Kriegsgewinnbesteuerung ist eine Einnahme für 1916 nicht zu erzielen. Unüberwindlich sind die Schwierigkeiten für die Vorbereitung eines neuen Wehrbeitrages keineswegs. Damit schließt die Debatte.

Es folgt die

Spezialberatung.

Abg. Doh (Sag.): Wenn wir, ohne eine entsprechende Resolution gefaßt zu haben, auseinandergehen, so kommt uns die Regierung ganz sicher mit neuen indirekten Steuern. Das wollen wir verhindern. An dem Staatssekretär ist es, die Bevölkerung zu beruhigen. Schweigst er weiter, so müssen wir dem Volke die Wahrheit sagen.

Staatssekretär Dr. Delferich: Es bleibt dabei: Die einzige bestehende Steuer ist eine kolossale Belastung des Vermögens und des Vermögenszuwachs, wie sie in keinem anderen Lande besteht. (Brosel!) Das ist das einzige, was heute besteht. Ich kann dem Hause nichts mitteilen, worüber die verschiedenen Regierungen noch nichts beschlossen haben. Wenn Sie hinausgehen in das Volk, so unterstreichen Sie auch, daß wir die notwendigen Lebensmittel ernt. und nicht belastet haben. Wir werden sie auch weiterhin entlasten. Auf eine weitere Diskussion kann ich mich nicht einlassen. Die Kriegsgewinnsteuer wird, wie der Wehrbeitrag es seinerzeit getan hat, auf den laufenden Etat Einfluß ausüben. Die jetzige Lage macht es notwendig, daß diese Dinge nicht aufgeregt auf dem Geiste der Agitation behandelt werden, sondern daß unserer Bevölkerung klar gemacht wird, daß es uns ebenso wie anderen Ländern unmöglich sein wird, alle Ansprüche aus einer Steuerquelle zu befriedigen. Wir müssen alle öffentlich-rechtlichen Körperschaften, Einzelstaaten und Kommunen am Leben erhalten, auch über den Krieg hinaus. Ich muß die Herren bitten, künftliche zu erwartenden Vorlagen als Ganzes zu betrachten. Nur dann werden sie richtig gewürdigt werden können.

Nach einer weiteren Bemerkung des Abg. Frhr. v. Dettl zu Dornheim (nat.) wird § 1 der Vorlage einstimmig angenommen. Die übrigen Teile der Vorlage wurden nach unerheblicher Debatte angenommen. Die Resolution des Handelsausschusses, unter Zugrundelegung der Resolutionen der Kommissionen der Reichsversammlung, wurde einstimmig angenommen. Die Resolution der Sozialdemokraten, die Resolution der Reichsversammlung, wurde abgelehnt.

Abg. Bassermann (nat.) beantragte sofortige dritte Beratung. Das Gesetz wird jedoch ohne erhebliche Debatte in dritter Lesung definitiv einstimmig angenommen.

Es folgt die zweite Lesung der

Kriegsausgaben der Reichsbank.

Die Kommission beantragt, den Gewinn der Reichsbank in den Kriegsjahren 1915 und 1916, soweit er den durchschnittlichen Reingehalt der letzten drei Friedensjahre übersteigt, zu drei Vierteln (statt zur Hälfte, wie die Regierungsvorlage wollte), an das Reich fallen zu lassen.

Abg. Reil (Sag.) begründet einen Antrag der Sozialdemokraten, den vollen Gewinn der Kriegsjahre, soweit er den durchschnittlichen Reingehalt der letzten drei Friedensjahre übersteigt, dem Reich zuzuführen. Bei 75 Prozent bleibt den Anteilseignern der Reichsbank ein viel höherer Gewinn, als in den letzten drei Friedensjahren. Der durchschnittliche Gewinn betrug in diesen Jahren 7,08 Prozent. Bei einer solchen Kapitalrente kann man in diesen Kriegsjahren sehr wohl zufrieden sein. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der sozialdemokratische Antrag wird nach kurzer Debatte abgelehnt; die Vorlage wird nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen.

Nächste Sitzung Dienstag: Kriegskredit, Unterstützung der Kriegsfamilien.

Das neue bayerische Gemeindebeamten-Gesetz

Ist vom Landtag angenommen worden — gegen die Stimmen der Sozialdemokratie. Für sie war dieses Gesetz unannehmbar wegen der mannigfachen Beschränkungen der Selbstverwaltung. In der vorausgegangenen Session des Landtags hat die Sozialdemokratie die Verabschiedung des Gesetzes überhaupt vereitelt, denn der Entwurf enthielt eine gegen die Sozialdemokratie gerichtete vergiftete Spitze, die die Ablehnung des Gesetzes nicht als genügend erscheinen ließ, die der Sozialdemokratie die Pflicht auferlegte, alle geschäftsordnungsmäßigen Handhaben anzuwenden, um die parlamentarische Erledigung des Gesetzes unmöglich zu machen. In der Geschichte der parlamentarischen Kämpfe im bayerischen Landtag bleibt der Kampf um das Gemeindebeamten-Gesetz denkwürdig wegen der verschiedenen Schattierungen des parlamentarischen Widerstandes unserer Partei.

Zur erfolgten Verabschiedung des Gesetzes schreibt unser Münchener Parteiblatt: Für diejenigen, die einer entschiedenen Opposition abhold sind, die darin nur das „Nein“ und nicht den Gehel des Fortschrittes sehen, ist das Schicksal des Gemeindebeamten-Gesetzes überaus lehrreich. Sie können daraus erkennen, daß es praktische, positive Arbeit gibt, die durch eine Opposition, ja eine ganz rücksichtslose und vor nichts zurückweichende Opposition erzielt wird, daß es ein gewaltiger Akt ist, die positive Arbeit darin zu sehen, zu den Wünschen der Regierung ja und Amen zu sagen, sich einzugliedern in die Reihen der Mehrheit, die die Regierung stützen. Wir sind die letzten, die davor zurückschrecken, einer Regierung zuzustimmen, wenn sie vernünftiges, dem Volke dienliches will. Aber daß unter den heutigen politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnissen die Fälle häufiger sind, in denen man den breiten Massen und damit der Mehrheit des Volkes und dadurch dem Gesamtinteresse der Nation durch den Widerspruch und Widerstand nützen kann, das lehrt wieder einmal das Gemeindebeamten-Gesetz. Doch wir wollen die prinzipiellen Fragen über äußerliche und innerliche politische Politik nur streifen, wir wollen heute wenigstens nicht tiefer in diese für unsere Partei so wichtigen Probleme eingehen.

Es ist für jedermann klar, daß die bayerische Regierung einen wichtigen Zweck, den sie mit dem Gesetzentwurf verfolgt hat, ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie zu schaffen, aufgeben mußte. Sie mußte eine Reihe von Erleichterungen abgeben, die theoretisch wenigstens zugegeben, daß die Sozialdemokratie eine gleichberechtigte Partei ist und daß es nicht angeht, sie auszuschalten aus dem Gemeindegewesen, dem betrüblichen wie dem ehrenamtlichen. Wer es der Zweck des Gesetzes, die Sozialdemokratie auszuschalten aus den Gemeinden, so ist es ein Erfolg der sozialdemokratischen Opposition, daß die Regierung diesen Widerspruch aufgeben mußte. Das Gesetz war für sie nur erreichbar durch die Erklärung, daß die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie und die Mitgliedschaft in politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Sozialdemokratie kein Ausschließungsgrund für die Wirksamkeit eines Gemeindebeamten in Bayern sein dürfe. Dieses Zugeständnis wird man nicht unterschätzen, umso weniger, als die Regierung dank der sozialdemokratischen Konsequenz, die Sicherung politischer Freiheit auch für die Staatsbeamten zugestanden hat.

Briefkasten der Redaktion.

H. S. Frankfurt. Unter Umständen ja! Das kommt ganz auf die Verordnungen an, die noch erlassen werden.

Erzherzog A. M. Das Verlobungsgeld erhielten bisher nur die Erholungsurlaubler.

Braunau. Sie haben Anspruch auf Krankengeld, wenn Sie sich weiterberufen haben oder wenn die Firma ihre Mitgliedschaft bei der Kasse aufrecht erhalten hat.

Feldpost.

Leichtenhammer. Die Zeitung ist textlich an das Regiment Nr. 115 gegangen.

Wien: Georgi. Wir werden versuchen festzustellen, wo die Schuld liegt.

Bei Umsetzungen, Geldsendungen usw. ist immer die genaue Adresse nebst Vornamen anzugeben. Wenn eine neue Adresse angegeben wird, bitten wir immer die frühere mit anzugeben. Geht dies nicht, kommen Verzögerungen und unliebsame Verzögerungen vor.

Telegramme.

Haages Rücktritt vom Fraktionsvorsitz.

Berlin, 21. Dez. Wie der „Vorwärts“ aus der sozialdemokratischen Fraktion mitteilt, habe Genosse Haase am Schluß der gestrigen Fraktions-Sitzung sein Amt als Fraktionsvorsitzender niedergelegt. Bereits am 4. August 1914 habe er einen dahingehenden Entschluß der Fraktion bekanntgegeben, sei aber auf deren drin-

gendes Verlangen im Amte geblieben. Selbstverständlich behalte Genosse Haase sein Amt als Vorsitzender der Partei.

Tisza zur Friedensfrage.

Budapest, 21. Dez. Ministerpräsident Tisza führte im Parlament bei der Beratung des Budgetprovisoriums über Krieg und Frieden aus: Diesen Krieg haben nicht wir hervorgerufen, nicht wir waren es, die gegen in Frieden lebende Nationen, Staaten und Völker Angriffe richteten. Nicht wir waren es, die lebende Städte aus dem Körper friedfertiger Nachbarn mit räuberischer Hand herausreißen wollten. Aber wenn der Krieg nun einmal heraufbeschworen wurde, werden wir ihn bis zum Ende durchkämpfen mit jener Entschlossenheit, die der Sieg bereits an unsere Fahnen geheftet hat. (Lebhafte Zustimmung.) Und wenn man fragt, wie lange der Krieg dauert, kann ich nur erwidern, daß die Antwort jene zu erstellen haben, die ihn heraufbeschworen. (Lebhafte Zustimmung.) Heute können bereits unsere Feinde damit im reinen sein, daß sie das Ziel ihres Angriffes nicht erreichen können, und auch darüber im klaren sein, daß unser Sieg Barschaften unserer Sicherheit schaffen wird und keineswegs Angriffe gegen die Existenz der übrigen Großmächte in sich schließt, wie ihr Sieg sie gegen unsere Existenz in sich geschlossen hätte. (Lebhafte Zustimmung.) Heute ist jede weitere Fortsetzung des Krieges von ihrer Seite ein ganz zweckloses Blutvergießen und eine ganz zwecklose Kriegervergeudung. Wenn die Fortsetzung leider auch von uns den Verlust wertvollen Blutes erheischt, so ist es doch zweifellos, daß diese Fortsetzung viel größere Opfer dem verlierenden Teil auferlegt, der wenigstens teilweise auch die Verluste des siegenden Teiles zu tragen haben wird. Heute wird jeder Tropfen Blutes, der in diesem schrecklichen Ringen der Nationen noch vergossen wird, vergeblich vergossen und schreit zum Himmel. Die Verantwortung haben jene zu tragen, die diesen für die ganze Welt so schrecklichen Krieg aus egoistischen Absichten und durch heuchlerische Schlagworte verdeckten Eroberungsplänen heraufbeschworen haben und ihn nicht einstellen wollen. (Lebhafte Zustimmung. Handklatschen.)

Umbildung des belgischen Ministeriums.

Paris, 20. Dez. (B. V. Nichtamtlich.) Der „Temps“ meldet aus Havre: Die Umbildung des belgischen Ministeriums ist erfolgt, indem Graf Goblet d'Alvielle und Paul Symons gleich Emil Banderdelve zu Ministern ohne Portefeuille ernannt worden sind. Der „Temps“ legt der Ernennung, die wie eine reine Formsache aussehe, beträchtliche Bedeutung bei, da nunmehr die leitenden Männer der sozialistischen und bürgerlichen Linken unmittelbar an der Regierung teilnehmen würden.

Für die Hinterbliebenen der „Titanic“-Opfer.

Newport, 20. Dez. (B. V. Nichtamtlich.) Die White Star-Linie willigte ein, den Hinterbliebenen der Opfer der „Titanic“ 664 000 Dollars Schadenersatz zu zahlen; nur ein Zehntel des Betrages geht nach England.

Große Brände in England.

London, 21. Dez. (B. V. Nichtamtlich.) Zwei große Schuppenfeuer vernichteten gestern in Leith und Port Dundas bei Glasgow Vorräte von Tee, Kaffee, Tabak und Whisky im Werte von 400 000 Pfund Sterling.

Metallbeschlagnahme.

Die Ablieferung der beschlagnahmten Gegenstände kann schon jetzt erfolgen. Die Metallsammlerstelle ist bis auf weiteres jeden Dienstag, Mittwoch und Donnerstag von 9—12 Uhr und von 2—5 Uhr geöffnet. Die Ablieferer müssen zum Vergleich mit ihrer Anmeldung genaue Adresse angeben und die Menge der angemeldeten Gegenstände zur Ablieferung bringen, damit Weiterungen vermieden werden.

Besondere Aufforderungen auf Ablieferung zu bestimmten Zeitpunkten ergeben erst von Mitte Januar an und wird das Publikum im eigenen Interesse auf die jetzt noch einfache Erledigung aufmerksam gemacht.

Die bis auf weiteres bezahlten Preise, welche auch für freiwillige Ablieferungen gelten, sind:

- 1 kg Kupfer ohne Beschlag M. 3.90, mit Beschlag M. 2.70
- 1 kg Messing „ „ M. 2.90, „ „ M. 2.—
- 1 kg Nickel „ „ M. 12.90, „ „ M. 10.40
- 1 kg Altkupfer M. 1.70
- 1 kg Altmessing (Rotguss usw.) M. 1.—
- 1 kg Neufilber (Nifend usw.) M. 1.80
- 1 kg Reinnickel M. 4.50
- Ausbaukosten für kg M. 0.50.

Wiesbaden, den 17. Dezember 1915.

Der Magistrat.



die beste
Weihnachtsgabe

Moderne
Familien-Suß-
Maschine

80
M

Aluminium-Druckmaschinen
Papierrollen (außen- und innen) kopieren

Frische Blumen

Große Auswahl in
Blumentöpfen, Körben, blühende u. grüne Pflanzen
empfiehlt zu Weihnachten

Blumengeschäft
Paul Kessler

59 Wellritzstrasse 59. W 1028

Restaur. zum Andreas Hotel
Schwalbacherstrasse 59.

Vorzügl. Speisen und Getränke
Restauration zu jeder Tageszeit.
Ferner empfehle mein schönes
Bierstübchen. Abends von 6 bis 10 Uhr.

Ludwig Stöcklein.

Für Schuhmacher!

Wittichslocherstraße, viele schöne
Reinwäse für Hoch u. Nied. Qual.
60 Bg., 11. Qual. 90 Bg. der Vfd.
Prima Militär-Reinwäse zu Ober-
flach per Vfd. 1.40, große Windleder-
abfälle Vfd. 1.80, ganz grobe braune
Grobwäse Vfd. 2.— etc. etc.

Rothschilds
Arbeiterkleider-
Magazin

Wellritzstraße 18

empfiehlt zu Weihnachten für die
Krieger im Felde, sowie für die
Familien zu Hause

warmer Winterkleidung

Bekannt reelle Bedienung.
Büro: 988. Billige Preise.
Lieferant des Konsumvereins für
Wiesbaden und Umgebung.

Werbt neue Abonnenten
für die Volksstimme.

Bis zum 24. Dezember gewähren wir auf nachstehende Artikel einen

Sonder-Rabatt von 10%

Für Herren:

- Schlafrocke und Rauchjoppen**
sehr warm und leicht, vorrätig in den einfachsten
bis zu den feinsten Ausführungen, bis M. 54.—, von M. 12.50 an
- Paletots und Ulster** 1 u. 2 reihig, mit u. ohne Gurt
u. Falte in mgo., schwarz, blau u. farb., bis M. 84.—, von M. 26.00 an
- Anzüge, 1 und 2 reihig**
die neuesten Stoffe und Formen, bis M. 78.—, von M. 25.00 an
- Rockjackette und Westen**
die neuest. Form., in schwarz, mgo., bis M. 60.—, von M. 36.00 an
- Regenmäntel**
wasserdicht, in Gummi und Stoff, bis M. 58.—, von M. 22.00 an
- Loden-Joppen** in vielen Formen und Qualitäten,
mit und ohne Wollfutter, bis M. 23.50, von M. 11.00 an

Für junge Herren:

- Ulster und Paletots**, die neuesten Formen und
Farben, mit Gurt und Falte, von M. 24.00 an
- Anzüge, 1 und 2 reihig**
die letzten Neuheiten, Hose mit Umschlag, von M. 26.00 an
- Jacketts und Weste**, die letzte Neuheit, für
junge Herren, schwarz u. marengo, bis M. 52.—, von M. 33.00 an
- Sport-Anzüge** in jeder Grösse, weit unter Preis
bis M. 32.—, von M. 22.00 an
- Loden-Joppen**, glatt und mit Falten, gefüttert,
bis M. 17.50, von M. 10.00 an
- Wettermäntel und Pelerinen**
wasserdicht, verschiedene Qualitäten

Für Knaben:

- Elegante Paletots und Mäntel**
die neuesten Formen und Stoffe, bis M. 24.—, von M. 6.50 an
- Pyjacks** in enormer Auswahl, von M. 5.00 an
- Anzüge**, die letzten Neuheiten, von M. 4.50 an
- Kittel-Anzüge**, ein Posten einzelner Stücke,
reizend garniert, weit unter Preis, von M. 8.00 an
- Kieler Anzüge** (Original) verschiedene Qualitäten
- Gestrickte Schulanzüge**, verschiedene Formen
- Sweater-Anzüge**, von M. 7.00 an
- Rodel-Garnituren**, von M. 12.00 an

Kirchgasse 64.

Gebr. Manes

Kirchgasse 64.